

Секция «44.2 Актуальные вопросы права немецкоязычных стран (на немецком языке)»

Rechtliche Regelung der digitalen Souveränität in der Russischen Föderation und in der Bundesrepublik Deutschland

Научный руководитель – Малиновский Алексей Александрович

Безручкина Марта Александровна

Студент (бакалавр)

Московский государственный институт международных отношений,
Международно-правовой факультет, Москва, Россия

E-mail: martabezruchkina@yandex.ru

Digitale Technologien sind nicht nur ein integraler Bestandteil des Lebens in der modernen Welt, sondern auch ein Objekt der rechtlichen Regelung. Es gibt keine eindeutige Meinung darüber, ob digitale Rechte vollständig dem öffentlichen oder dem privaten Recht zuzuordnen sind. Objekte der digitalen Rechte werden im zivilrechtlichen Verkehr als Zahlungsmittel verwendet und sind Vertragsgegenstände der Rechtsgeschäfte, genau wie Waren und Dienstleistungen. Gleichzeitig beinhaltet die rechtliche Regelung erhebliche öffentlich-rechtliche Grundlagen, weil das Recht auf Schutz der personenbezogenen Daten, den Schutz der Rechte des intellektuellen Eigentums im digitalen Raum und die Sicherheit im Internet zu den grundlegenden Menschenrechten im Zeitalter der digitalen Revolution gehören. Diese Rechte sind in den Verfassungen direkt nicht verankert, leiten sich jedoch als Folgewirkungen aus den grundlegenden Rechten und Freiheiten des Individuums ab, weshalb ihre Einhaltung seitens des Staates neben dem klassischen Katalog von Rechten und Freiheiten garantiert werden muss. Die Hauptaufgabe des Rechtsstaates besteht darin, die Rechte und Freiheiten eines Menschen zu schützen, und das einzige Mittel, um diese Rechte in dem digitalen Zeitalter zu wahren, ist die Sicherung der digitalen Souveränität.

Der Begriff der Souveränität, der im 16. Jahrhundert von dem bekannten französischen Rechtstheoretiker und Philosophen Jean Bodin in die juristische Lehre eingeführt wurde, hat im Informationszeitalter an Bedeutung gewonnen und reicht über die territorialen Grenzen eines einzelnen Staates hinaus in ein multipolares System der internationalen Beziehungen. Digitale Souveränität und seine Gewährleistung im Kontext der digitalen Revolution sind nicht nur eine Richtung der Innenpolitik eines Staates, sondern auch ein Objekt der völkerrechtlichen Regelung. Im weiten Sinne wird digitale Souveränität als Unabhängigkeit im digitalen Raum und als eigenständige Umsetzung der Informationspolitik verstanden. Sie wird nicht nur durch die eigenen Anordnungen des Staates, sondern auch durch seine Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Rahmen der Integrationsvereinigungen erreicht. Der Vergleich der Wege zur Erreichung technologischer Souveränität zwischen der Russischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland erfordert eine Betrachtung ihrer Verbindungen zu anderen Staaten, und zwar die Kooperation Russlands im Rahmen der BRICS-Partnerschaft und die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union.

In verschiedenen Quellen wird sowohl der Begriff der “ als auch der “ Souveränität gebraucht, diese Begriffe aber müssen voneinander abgegrenzt werden. Das Recht der Europäischen Union verwendet häufiger den Begriff Souveränität“, der von dem ehemaligen EU-Kommissar für den Binnenmarkt Thierry Breton eingeführt wurde. Technologische Souveränität bedeutet in erster Linie die Unabhängigkeit der Union bei der Entwicklung innovativer Technologien durch den Austausch der Ressourcen und Produktionen der Mitgliedstaaten. Der Begriff Souveränität“ wurde schrittweise auf den Gipfeln der BRICS-Staaten ausgearbeitet. Es ist wichtig zu betonen, dass BRICS keine klassische integrative Vereinigung ist, weil die Organisation selbst keine für die Mitgliedstaaten verbindlichen imperativen Normen (jus cogens) erlässt, sondern sich auf dem Konzept des Rechts“ (soft law) basiert. Eine solche Regelung weist einen Empfehlungscharakter

auf und erfüllt gleichzeitig eine wichtige soziale Funktion: den gleichberechtigten Zugang der Bevölkerung der Staaten zu digitalen Dienstleistungen, die digitale Inklusion der ländlichen Bevölkerung und die Entwicklung der Programme zur digitalen Bildung für die Bevölkerung der BRICS-Länder. Deswegen wurde mit Recht darauf hingewiesen, dass das von Russland entwickelte Konzept der Souveränität“ am besten den Prinzipien des Rechtsstaates entspricht und die sozialen Menschenrechte schützt.

Beim Vergleich der gesetzlichen Regelungen in Russland und Deutschland ist auch zu beachten, dass Russland die technologische Souveränität auf dem nationalen Ebene durch föderale Gesetze gewährleistet. Die Grundlage der allgemeinen Regelung der Nutzung von Informationstechnologien in der Russischen Föderation ist das Föderale Gesetz „Über die Kommunikation“ vom 07.07.2003 Nr. 126. Im Laufe der Zeit wurden wesentliche Änderungen in dieses Gesetz einbezogen, und mit den letzten Änderungen trat es am 01.09.2024 in Kraft. Kapitel 7.1 „Leistung eines stabilen, sicheren und gemeinsamen Funktionierens des Internets auf dem Territorium der Russischen Föderation“ legt die Grundlagen der staatlichen Politik im Bereich der Internetnutzung fest. Dieses Gesetz verankert die digitalen Rechte der Staatsangehörigen, wie den Umgang mit ihren personenbezogenen Daten oder die Abgrenzung vor Informationen, die die öffentliche Rechtsordnung verletzen. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der rechtlichen Regelung der technologischen Souveränität im wirtschaftlichen Bereich ist das Föderale Gesetz über Kryptofinanzwerte. Dieses Gesetz ist maßgebend für den Schutz der Rechte der Staatsangehörigen als Teilnehmer des zivilen Verkehrs, da es den Rahmen für den Erwerb und die Nutzung digitaler Vermögenswerte sowie die Besonderheiten von Transaktionen mit ihnen festlegt.

Deutschland, als Mitglied der Europäischen Union, orientiert seine Regelung an die Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union, also an die sogenannten „äußeren Quellen des europäischen Rechts“. Dieses Gesetz bedarf keiner Umsetzung in das nationale Recht der Bundesrepublik Deutschland, da es gemäß dem Prinzip des europäischen Integrationsrechts unmittelbare Wirkung hat. Zu den wichtigsten dieser Regelungen gehören das Datenschutzgesetz (DSGVO), das Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA), das Gesetz über digitale Dienstleistungen (Digital Services Act, DSA) und das Gesetz über digitale Vermögenswerte (Markets in Crypto-Assets Act, MiCA). In der nationalen Gesetzgebung Deutschlands finden sich direkte Verweisungen auf diese Normen. Beispielsweise verweist die Definition eines Kryptowertes im Bundesgesetz über digitale Märkte auf Artikel der EU-Verordnung, und die Normen finden allgemeine Anwendung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gewährleistung der technologischen Souveränität sowohl im Rahmen der BRICS-Partnerschaft als auch in der Europäischen Union zwei Hauptziele verfolgt: die Stärkung der technologischen und industriellen Entwicklung sowie den Schutz der digitalen Menschenrechte. Der zweite Aspekt erscheint besonders wichtig für die Sicherung des Prinzips eines Rechtsstaats. Die supranationale Regelung erweitert den Katalog der geschützten

applewebdata://228C82C4-09E6-45E2-A2AF-8E5EF645CC70#_ftnref1

Источники и литература

- 1) Thierry Breton – die offizielle Seite der Europäischen Kommission https://commissioners.ec.europa.eu/thierry-breton_en (letzter Zugriff am 28.09.2025)
- 2) RSMD: Technologische Souveränität und ihre Grenze <https://russiancouncil.ru/analytics-and-> (letzter Zugriff am 28.09.2025)
- 3) das Föderale Gesetz „Über die Kommunikation“ vom 07.07.2003 Nr. 126 https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_43224/ (letzter Zugriff am 28.09.2025)
- 4) das Föderale Gesetz «Über Kryptofinanzwerte» https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_358753/ (letzter Zugriff am 28.09.2025)
- 5) General Data Protection Regulation <https://gdpr.eu> (letzter Zugriff am 28.09.2025)

- 6) The EU Digital Markets Act https://www.eu-digital-markets-act.com/Digital_Markets_Act_Articles.html (letzter Zugriff am 28.09.2025)
- 7) The EU Digital Services Act https://www.eu-digital-services-act.com/Digital_Services_Act_Articles.html (letzter Zugriff am 28.09.2025)
- 8) The EU Markets in Crypto-Assets Act <https://www.esma.europa.eu/esmas-activities/digital-finance-and-innovation/markets-crypto-assets-regulation-mica> (letzter Zugriff am 28.09.2025)
- 9) Finanzmarktdigitalisierungsgesetz <https://www.gesetze-im-internet.de/fmstfg/> (letzter Zugriff am 28.09.2025)